

# Ärzte: Wir ersticken in der Papierflut

## Podiumsdiskussion zum Gesundheitswesen vor der Wahl

Von unserem Redakteur  
Heinz Holtgreve

BREMEN. Mediziner in Krankenhäusern und Praxen wenden einen immer größeren Teil ihrer Arbeitszeit für die überbordende Bürokratie auf – das war eine der größten Sorgen, die Ärzte während einer Podiumsdiskussion im Diako vortrugen. Zu der Veranstaltung hatte das Ärztenetz Bremen-West Vertreter der Parteien eingeladen, die Rede und Antwort zu den wichtigen Fragen des Gesundheitswesens standen.

Allerdings ließen sie die rund 50 Ärztinnen und Ärzte beim Problem Bürokratie ratlos zurück. Eine Lösung hatten sie nicht anzubieten, verwiesen eher auf die eigenen Schwierigkeiten beim Abbau von Bürokratie in der Verwaltung.

Eine Dialyseärztin berichtete, ihre Krankenschwestern würden 70 Prozent ihrer Arbeitszeit für die Dokumentation aufwenden. Zeit, die für die zwischenmenschliche Zuwendung fehle. Was die grüne Gesundheitspolitikerin Karoline Linnert zu der Aussage bewegte: „70 Prozent sind ein Skandal.“ Ein Gynäkologe steuerte zum Thema bei, dass er einem überweisenden Augenarzt einen Bericht über die Behandlung der Patientin schicken müsse.

„Werden 85-jährigen Patienten künftig künstliche Hüftgelenke aus Kostengründen verweigert?“, fragte Peter Bauer, stellvertretender Chefredakteur des WESER-KURIER und Moderator des Abends. Auch in diesem Fall keine klaren Aussagen. Die Antwort lieferte ein Arzt aus dem Publikum: „Schon heute wird medizinisch durchaus sinnvolle, aber sehr teure Technik wie beschichtete Stents, nicht mehr bezahlt. Aber wer sagt es den Patienten?“ Offene Antwort von Karoline Linnert: „Die Politik ist zu feige.“

Anlass für die Podiumsdiskussion war die bevorstehende Bundestagswahl, die Vertreter der Parteien bekamen zunächst Gelegenheit zur Darlegung ihrer Standpunkte. Gesundheitssenatorin Karin Röppe (SPD): „Wir wollen die Bürgerversicherung, in die auch Beamte und Selbstständige einzahlen. Die Qualität der Leistungen ist weiter zu verbessern, es muss ohne Einschränkungen für die Patienten weiter gespart werden. Einen großen Stellenwert bekommt die Prävention.“

Auf das Modell Kopfpauschale setzt dagegen die CDU, für die ihre gesundheitspolitische Sprecherin in der Bürgerschaft, Rita Mohr-Lüllmann, auf dem Podium saß: „Wir brauchen eine grundlegende Finanzreform mit der Entkopplung von Gesundheits- und Arbeitskosten. So können die Beiträge für



Das Podium zur Diskussion über das Gesundheitswesen im Diako (von rechts): Karoline Linnert (Grüne), Rita Mohr-Lüllmann (CDU), Peter Bauer (WESER-KURIER), Karin Röppe (SPD), Oliver Möllenstädt (FDP) und Till Spiro (Kassenärztliche Vereinigung). FOTO: FRANK THOMAS KOCH

die Versicherten gesenkt werden.“ Für die Grünen ist die Kopfpauschale „unsolidarisch“, wie Karoline Linnert ausführte. Im Spannungsfeld zwischen komplett privatisiertem Gesundheitswesen und totaler staatlicher Regulierung gelte es einen sozial verträglichen Weg zu finden. An die Ärzte gerichtet sagte sie: „Sie arbeiten in einem Berufsstand, der immer noch gut verdient.“

Für eine radikale Umsteuerung plädierte Oliver Möllenstädt von der FDP: „Wir wol-

len die Privatisierung der Krankenkassen. Es gibt dann keine gesetzlichen Krankenkassen mehr, der Bürger hat weitgehende Wahlfreiheit, welche Leistungen er versichert. Hinzu käme eine sozial verträgliche Eigenbeteiligung. Dieses System funktioniert im Gegensatz zum heutigen auch noch in zwanzig Jahren.“

Für die Kassenärztliche Vereinigung Bremen (KV) klagte ihr Vorsitzender Till Spiro: „Unser medizinisches System wird schlecht

geredet.“ Den Bürokratievorwurf konterte er mit der Bemerkung, die KV könne kein Interesse an einer Ausweitung haben, sie könne daran aber auch wenig ändern.

Welches Modell nach der Wahl auch umgesetzt wird, die Parteienvertreter mussten sich schon jetzt Kritik anhören. Ein Arzt aus dem Publikum: „Die Parteien machen den Patienten etwas vor. Ihre Behauptung, die Kosten für Gesundheit würden nicht steigen, stimmt einfach nicht.“